

Bern, 10. Juli 1981

12. August 1981

AusgestelltNicht an die PresseAntrag an den Bundesrat

Ergebnisse der Tagung des OECD-Rates auf Ministeriebene vom
 16./17. Juni 1981 in Paris, Berichterstattung

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 10. Juli 1981 (Beilage)
 Departement für auswärtige Angelegenheiten. Mitbericht vom
 24. Juli 1981 (Zustimmung)
 Finanzdepartement. Mitbericht vom 27. Juli 1981 (Zustimmung)

Antragsgemäss hat der Bundesrat

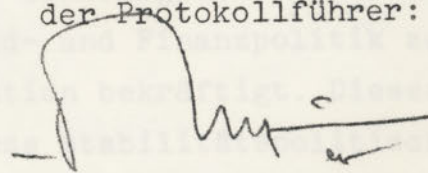
b e s c h l o s s e n :

1. Vom vorgelegten Bericht wird Kenntnis genommen.
2. Die allgemeinen Ergebnisse der Tagung des OECD-Rates auf Ministeriebene vom 16./17. Juni 1981 werden genehmigt.

Protokollauszug (Antrag ohne Beilagen) an:

- EVD 15 (GS 5, BAWI 10) zum Vollzug
- EDA 6 zur Kenntnis
- EFD 7 " "
- EFK 2 " "
- FinDel 2 " "

Für getreuen Auszug,
 der Protokollführer:



1) Was die Energiepolitik anbetrifft, so haben die Minister die Schlussfolgerungen der am Vorabend (15. Juni) stattgefundenen IKA-Ministertagung übernommen, an der die Schweiz ebenfalls vertreten war.

2) Vgl. dazu unser Antrag vom 3. Juni 1981 zur Ministerkonferenz, Abschnitt 2.1 (Wirtschaftsaussichten)





EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

2520.1

Bern, 10. Juli 1981

AusgeteiltGeht nicht an die PresseAntrag an den Bundesrat

Ergebnisse der Tagung des OECD-Rates
 auf Ministerebene vom 16./17. Juni 1981

Der OECD-Rat hielt seine jährliche Tagung auf Ministerebene am 16./17. Juni 1981 am Sitz der Organisation in Paris ab. Die schweizerische Delegation wurde durch den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes geleitet. Die Traktandenpunkte bildeten Aussichten und Politik auf wirtschaftlichem Gebiet, Handelspolitik und Beziehungen zu den Entwicklungsländern.

1. Wirtschaftspolitik¹⁾

Letztes Jahr hatten die Minister mit eindringlicher Einmütigkeit die Priorität einer restriktiven Geld- und Finanzpolitik zur Eindämmung der untragbar hohen Inflation bekräftigt. Dieses Jahr war zur Kenntnis zu nehmen, dass diese stabilitätspolitische Einheitsfront ins Wanken gekommen ist.

Die einen Länder (worunter namentlich die USA, Grossbritannien und die Schweiz) hielten dafür, dass angesichts der vielerorts ungenügenden Fortschritte in der Herabminderung der Teuerung²⁾ weiterhin keine Alternative zu einer konsequenten Weiterführung der Stabilitätspolitik bestehe.

1) Was die Energiepolitik anbetrifft, so haben die Minister die Schlussfolgerungen der am Vorabend (15. Juni) stattgefundenen IEA-Ministerkonferenz übernommen, an der die Schweiz ebenfalls vertreten war.

2) Vgl. dazu unser Antrag vom 3. Juni 1981 zur Ministerkonferenz, Abschnitt 2.1 (Wirtschaftsaussichten)

Eine Reihe europäischer Staaten, in erster Linie Frankreich, aber auch Italien, die Niederlande, Norwegen und Spanien, verwiesen auf die hohe und noch steigende Arbeitslosigkeit und glaubten, die Zeit sei gekommen, um prioritär Massnahmen zum Abbau derselben zu ergreifen.

Für die Schlusserklärung kam unter persönlichem Einsatz der Minister der Kompromiss zustande, der Inflationbekämpfung und der Verminderung der Arbeitslosigkeit dieselbe Vordringlichkeit einzuräumen. Dabei wird präzisiert, dass die Rückkehr zu einer grösseren Preisstabilität die unabdingbare Voraussetzung für eine dauerhafte Beschäftigungszunahme und ein anhaltend stärkeres Wachstum ist. Es stellt sich allerdings die Frage der Vereinbarkeit der beiden obgenannten Prioritäten. Im übrigen wird betont, dass jedes Land im Lichte seiner spezifischen Situation die Geld- und Finanzpolitik aufeinander abzustimmen habe.

Ein weiterer Punkt, in dem die Meinungen auseinandergingen, war die Beurteilung des gegenwärtig hohen amerikanischen Zinsniveaus. Gewisse europäische Länder - allen voran wiederum Frankreich - machten erneut das bekannte Argument geltend, die restriktive Geldpolitik der USA werde ohne genügende Berücksichtigung ihrer negativen Rückwirkungen auf die Partnerländer der Vereinigten Staaten (Wertverlust der Währungen letzterer gegenüber Dollar, Inflationsimport, aufgezwungener Restriktionskurs) geführt. Andere Delegationen - so natürlich die USA selbst - machten geltend, die hohen Zinsen müssten im Lichte des übergeordneten Ziels der Inflationbekämpfung - eines jahrelangen Anliegens der Europäer an die Adresse Washingtons - in Kauf genommen werden.

Die schweizerische Delegation rief dazu auf, in den Anstrengungen zur Inflationbekämpfung im heutigen Zeitpunkt, wo an der Preisfront noch keine entscheidenden Fortschritte festzustellen sind, nicht nachzulassen. Eine Nachfragebelebung jetzt (zur Unzeit) müsste nur noch grössere Schwierigkeiten in Zukunft bescheren. Weiter hat sich die Schweiz zur Verbesserung der Angebotsseite unserer Volkswirtschaften, zur positiven Strukturanpassung und einem Abbau der staatlichen Subventionspolitik bekannt. Die antiinflationäre Ausrichtung der amerikanischen Wirtschaftspolitik

wurde von unserer Delegation begrüsst, die jedoch die Frage stellte, ob ein stärkerer Rückgriff auf eine straffe Budgetpolitik nicht angezeigt sein könnte zur Entlastung der Geldpolitik bzw. zur Entspannung der Zinssituation. In der Diskussion warnte die Schweiz auch vor einer amerikanischen Nichtinterventionspolitik, sollte der Dollar in einer den wirtschaftlichen Grundlagen nicht entsprechenden Weise künftig je wieder unter Druck kommen.

2. Handelspolitik

Den Ministern lag eine Dokumentation des Handelsausschusses der OECD vor, die klar aufzeigt, dass das in der Nachkriegszeit aufgebaute offene und multilaterale Handelssystem gegenwärtig einer besonderen Belastungsprobe ausgesetzt ist angesichts der schlechten Wirtschaftslage, steigender Arbeitslosigkeit und der Tendenz zu sektoriellen Sonderlösungen bzw. einer bilateralen oder plurilateralen Organisation des Handels in wichtigen Sektoren. Die Minister bekannten sich eindeutig zur Feststellung, dass Protektionismus weder Arbeitsplätze schafft noch die Anpassungsprobleme einzelner Branchen zu lösen vermag. Die Bewahrung des offenen Handelssystems ist eine unabdingbare Voraussetzung zur Erreichung der makroökonomischen Ziele. Gesamtwirtschaftliche Ungleichgewichte wie die Ueber- oder Unterbewertung von Währungen sind mit geeigneten makroökonomischen Methoden zu korrigieren, ohne auf das untaugliche Mittel von Handelsrestriktionen zurückzugreifen.

Die Minister bekräftigten die Ziele der im letzten Jahr verabschiedeten neuen OECD-Handelserklärung und unterstrichen ihre Entschlossenheit, das offene und multilaterale Handelssystem aufrechtzuerhalten und zu stärken. Sie waren sich der Gefahren bewusst, welche dem Freihandel gegenwärtig insbesondere durch Handelsmassnahmen drohen, die ausserhalb der bestehenden Regeln und Verfahren ergriffen werden. Sie sprachen sich deshalb dafür aus, dass ihre Regierungen im Falle von Handelskonflikten vollen Gebrauch von den bestehenden internationalen Institutionen und multilateralen Instrumenten im Handelsbereich machen. Soweit diese Regeln und Verfahren einer Verbesserung oder Anpassung bedürfen, sind diese vorzunehmen.

Im einzelnen legten die Minister eine Reihe konkreter Aktionsbereiche fest. An erster Stelle steht die volle und effektive Inkraftsetzung

der Ergebnisse der multilateralen Handelsvertragsverhandlungen im GATT (Tokio-Runde) und die Weiterführung der Bemühungen, den internationalen Handel weiter zu liberalisieren und in seiner Funktionstüchtigkeit zu verbessern. Ferner zählt dazu die Ausarbeitung einer Studie in der OECD über die handelspolitischen Schwerpunkte der Achtzigerjahre, die bis zur nächsten Ministerkonferenz vorzuliegen hat. Grosse Wichtigkeit kommt der Fortführung der Verhandlungen über die Anpassung der Exportkreditvereinbarung der OECD-Länder zu, die bis Ende Jahr abzuschliessen sind. Die Probleme des Landwirtschaftshandels sollen weiter geprüft werden und in der OECD sind die Arbeiten zügig fortzuführen, um die Hindernisse im internationalen Dienstleistungsaustausch zu identifizieren und anschliessend Möglichkeiten zu ihrem Abbau zu prüfen.

Die schweizerische Delegation hat in nachdrücklicher Weise vor den Gefahren des neuen Bilateralismus und der Organisationen des Freihandels gewarnt und es als unerlässlich betrachtet, dass das für das Wohlergehen unserer Länder vitale offene Handelssystem intakt aus der gegenwärtigen Bewährungsprobe hervorgeht. Im Lichte dieser Zielsetzung hat die Schweiz es begrüsst, dass in einer Reihe konkreter Aktionsbereiche Fortschritte zur Bewahrung und Stärkung des offenen und multilateralen Handelssystems angestrebt werden.

Es darf als ermutigend bezeichnet werden, dass sich die Gesamtheit der OECD-Länder an dieser Ministerkonferenz trotz der gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten eindeutig für die Aufrechterhaltung und Verbesserung des offenen Handelssystems ausgesprochen hat. Es wird sich nun in Taten zu weisen haben, dass es den Mitgliedstaaten ernst ist mit ihrem Bekenntnis zum freien Welthandel. Interessant war schliesslich, dass die japanische Exportdynamik an der Ministerkonferenz kein Diskussionsthema bildete, trotz der ihr gegenwärtig gewidmeten regen diplomatischen Aktivität.

3. Beziehungen zu den Entwicklungsländern

Die Minister waren sich bewusst, dass sich viele, insbesondere erdölimportierende Entwicklungsländer in einer schwierigen Wirtschafts- und Zahlungsbilanzsituation befinden. Gerade auch aus diesem Grund sind Fortschritte in der Lösung der gegenwärtigen Weltwirtschafts-

probleme dringlich. Obwohl die eigenen Entwicklungsanstrengungen der Dritten Welt von entscheidender Bedeutung sind, müssen die Entwicklungsländer auf den fortgesetzten Beitrag der OECD- und anderer Länder, die dazu in der Lage sind, zählen können. Die Minister bekräftigten den Willen ihrer Regierungen, nach Möglichkeit höhere Entwicklungshilfeleistungen zu erbringen.

Unter dem Einfluss der stark marktwirtschaftlichen Ausrichtung der neuen amerikanischen Administration haben die Minister dieses Jahr auch besonderen Nachdruck auf die Bedeutung der Exporterlöse und der privaten Kapitalflüsse für den Entwicklungsprozess gelegt.

Die Skepsis namentlich der USA gegenüber Globalverhandlungen in der UNO drückte der Diskussion des Nord-Süd-Dialogs den Stempel auf. Den Kompromiss bildete ein Verweis auf die 1979 in der UNO erfolgte Zustimmung der OECD-Länder zur Lancierung von Globalverhandlungen verbunden mit einer Bereitschaftserklärung zur Weiterführung des Dialogs mit den Entwicklungsländern über einen weitgespannten Fragenbereich von gemeinsamem Interesse.

4. Gesamthafte Würdigung

Die diesjährige Ministertagung hat vor allem ermöglicht, die Standpunkte der einzelnen OECD-Länder in wichtigen Bereichen der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit besser kennenzulernen, was im Vorfeld kommender internationaler Wirtschaftskonferenzen (Ottawa-Gipfel der sieben grössten OECD-Staaten im Juli, Nord-Süd-Gipfel in Cancun im Herbst) nützlich war. Mit besonderem Interesse wurden die Ansichten der neuen amerikanischen Administration und der erst seit kurzem im Amt stehenden neuen Equipe Frankreichs zur Kenntnis genommen, die sich beide am Ende der Tagung bei der Finalisierung der Schlusserklärung durch die Minister selbst direkt gegenüberstanden infolge ihrer unterschiedlichen Akzentsetzung bei den Prioritäten der Wirtschaftspolitik.

Zu bedauern ist, dass es an dieser Ministertagung ganz eindeutig nicht mehr möglich war, die OECD-Länder auf eine einheitliche Wirtschaftsstrategie zu verpflichten. Schweizerischerseits hätten wir es im Lichte der Erfordernisse der derzeitigen Wirtschaftslage als unbedingt notwendig erachtet, dass erneut ein allgemeines und

klares Bekenntnis zur Stabilitätspolitik abgelegt worden wäre. Die offene Darlegung der unterschiedlichen Ansichten in diesem Punkt war allerdings einer Ueberkleisterung der Meinungsverschiedenheiten vorzuziehen.

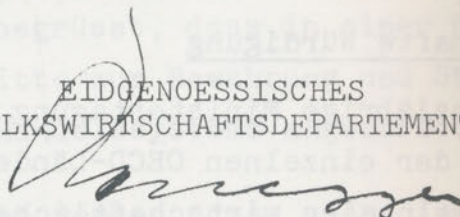
Die schwierigen Diskussionen über Entwicklungsfragen insbesondere mit den Vertretern der USA zeigten auf, dass auch über Nord-Süd-Probleme im Kreise der OECD-Länder derzeit unterschiedliche Akzente gesetzt werden. Positiv war hingegen die in Handelsfragen gezeigte Einigkeit der Mitgliedländer zu werten.

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen stellen wir den

A n t r a g

1. Vom vorstehenden Bericht Kenntnis zu nehmen
2. Die allgemeinen Ergebnisse der Tagung des OECD-Rates auf Ministerebene vom 16./17. Juni 1981 zu genehmigen.

EIDGENOESSISCHES
VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT



Beilagen

Bericht der Schweizer Delegation
(inkl. Schlusscommuniqué und Erklärungen
der Schweiz)

Protokollauszug an

- EVD 15 (GS 5, BAWI 10)
- EDA 5
- EFD 5